

Einschätzungen zur aktuellen Krisenlage

Fünfzehnte Erhebungswelle

forsa. Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1 Sorgen in Bezug auf das restliche Jahr	4
2 Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg.....	7
3 Veränderung des Krisen- und Vorsorgebewusstseins.....	11
4 Getroffene Notfallmaßnahmen	13
5 Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung.....	15

Vorbemerkung

Im Auftrag des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH zum fünfzehnten Mal (bis zur zehnten Welle „Meinungen zum Krieg in der Ukraine“, bis zur vierzehnten Welle „Meinungen zur Energieversorgung“) eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den Einschätzungen der Bevölkerung zur aktuellen Krisenlage durchgeführt.

Daneben wurde ermittelt, wie sich das Krisen- und Vorsorgebewusstsein der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der letzten fünf Jahre verändert hat.

Im Rahmen der aktuellen Erhebungswelle wurden insgesamt 1.005, nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte, Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt.

Die Erhebung wurde vom 3. bis 5. Mai 2023 im Rahmen der bevölkerungsrepräsentativen Mehrthemenbefragung forsa.omniTel® durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1 Sorgen in Bezug auf das restliche Jahr

Weiterhin machen sich vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland (80 %) Sorgen darüber, dass die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Preise zunimmt.

Jeweils 63 Prozent sorgen sich, dass Unternehmen in Deutschland durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden sowie dass es in Deutschland zu Hitzewellen mit entsprechenden Folgen, wie z.B. Waldbränden, kommt.

Etwas mehr als die Hälfte (56 %) äußert zudem die Sorge, dass sie bzw. ihr Haushalt durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden.

Sorgen in Bezug auf das restliche Jahr I

Wenn sie an das restliche Jahr denken, machen sich über die jeweiligen Dinge (sehr) große Sorgen:	2022				2023				
	KW 36	KW 40	KW 44	KW 48	KW 02	KW 06	KW 10	KW 14	KW 18
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... dass die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Preise zunimmt *	85	84	81	81	76	77	79	76	80
... dass Unternehmen in Deutschland durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden **	-	-	-	-	-	-	-	-	63
... dass es in Deutschland zu Hitzewellen mit entsprechenden Folgen wie z. B. Waldbränden kommt **	-	-	-	-	-	-	-	-	63
... dass sie bzw. ihr Haushalt durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden **	-	-	-	-	-	-	-	-	56

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

* kleine Änderung in der Frageformulierung in KW 02/2023

** neu abgefragt

Dass sie bzw. ihr Haushalt durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden, besorgt Befragte aus Ostdeutschland sowie Frauen häufiger als die Westdeutschen und die Männer.

Sorgen in Bezug auf das restliche Jahr II

Wenn sie an das restliche Jahr denken, machen sich über die jeweiligen Dinge (sehr) große Sorgen:	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30-bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... dass die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Preise zunimmt	80	81	80	76	83	81	85	83	74
... dass Unternehmen in Deutschland durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden	63	63	63	61	64	61	63	65	61
... dass es in Deutschland zu Hitzewellen mit entsprechenden Folgen wie z. B. Waldbränden kommt	63	61	63	58	67	74	58	60	61
... dass sie bzw. Ihr Haushalt durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden	56	66	54	50	61	63	61	55	50

Befragte mit formal niedriger und mittlerer Bildung sowie mit geringerem Einkommen sind häufiger als formal höher Gebildete und Personen mit höherem Einkommen darüber besorgt, dass Unternehmen in Deutschland einerseits und sie bzw. ihr Haushalt andererseits durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden.

Sorgen in Bezug auf das restliche Jahr III

Wenn sie an das restliche Jahr denken, machen sich über die jeweiligen Dinge (sehr) große Sorgen:	insgesamt	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium	Kinder im Haushalt:		Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
					ja	nein	unter 2.500	2.500 bis unter 4.000	4.000 oder mehr
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... dass die soziale Ungleichheit infolge der gestiegenen Preise zunimmt	80	76	81	81	85	79	85	76	81
... dass Unternehmen in Deutschland durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden	63	68	70	59	61	63	68	61	58
... dass es in Deutschland zu Hitzewellen mit entsprechenden Folgen wie z. B. Waldbränden kommt	63	56	63	64	56	65	69	59	60
... dass sie bzw. ihr Haushalt durch die gestiegenen Preise zunehmend belastet werden	56	66	65	48	58	56	67	53	49

2 Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg

Die Befragten wurden darüber hinaus wieder um eine Einschätzung gebeten, welche möglichen Folgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg ihnen persönlich Sorgen bereiten.

Knapp zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (63 %) zeigt sich derzeit besorgt darüber, dass die Preise in Deutschland durch den Krieg und die Sanktionen weiter ansteigen.

Etwas mehr als die Hälfte sorgt sich (55 %), dass sich der Krieg auch auf andere Länder in Europa ausweitet.

Dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird (41 %) und dass sich der Krieg auf Deutschland ausweitet (38 %), bereitet rund vier von zehn Befragten derzeit Sorgen.

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg I

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine machen sich über die jeweiligen Dinge Sorgen

	sehr große %	große %	weniger große %	keine %
... dass die Preise in Deutschland durch den Krieg und die Sanktionen weiter ansteigen.	15	48	28	8
... dass sich der Krieg auch auf andere Länder in Europa ausweitet.	14	41	33	12
... dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird.	12	29	36	23
... dass sich der Krieg auf Deutschland ausweitet.	9	29	37	25

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Vergleich zur vorherigen Erhebung ist die Sorge vor einer möglichen Ausweitung des Krieges auch auf andere Länder in Europa leicht zurückgegangen (minus 6 Prozentpunkte).

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg II

Es machen sich (sehr) große Sorgen, dass ...	2022						2023			
	KW 20	KW 22	KW 24	KW 26	KW 28	KW 32	KW 06	KW 10	KW 14	KW 18
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... dass die Preise in Deutschland durch den Krieg und die Sanktionen weiter ansteigen.	78	75	80	81	83	80	64	69	66	63
... dass sich der Krieg auch auf andere Länder in Europa ausweitet.	62	61	58	63	63	57	61	66	61	55
... dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird.	25	26	23	24	25	-	41	46	44	41
... dass sich der Krieg auf Deutschland ausweitet	-	-	-	-	-	-	43	47	38	38

Befragte in Ostdeutschland teilen alle abgefragten Sorgen häufiger als Personen Westdeutschland, insbesondere die Sorgen, dass die Preise in Deutschland durch den Krieg und die Sanktionen weiter ansteigen und dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird.

Frauen sorgen sich häufiger als Männer vor allem vor einer Ausweitung des Krieges auf andere Länder Europas und auf Deutschland.

Mit zunehmendem Alter der Befragten steigt die Sorge, dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird.

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg III

Es machen sich (sehr) große Sorgen, dass ...	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30-bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... dass die Preise in Deutschland durch den Krieg und die Sanktionen weiter ansteigen.	63	75	61	59	68	73	64	58	63
... dass sich der Krieg auch auf andere Länder in Europa ausweitet.	55	57	54	44	64	54	46	57	58
... dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird.	41	57	38	35	46	31	36	44	46
... dass sich der Krieg auf Deutschland ausweitet.	38	45	37	27	49	36	28	39	44

Die Sorge vor einer Überforderung Deutschlands durch ukrainische Geflüchtete und vor einer Ausweitung des Krieges auf Deutschland ist bei Personen mit formal niedrigerer Bildung stärker ausgeprägt als bei formal höher Gebildeten.

Befragte mit niedrigem Einkommen teilen zudem alle abgefragten Sorgen häufiger als Befragte mit mittlerem oder hohem Einkommen.

Sorgen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg IV

Es machen sich (sehr) große Sorgen, dass ...	insgesamt	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium	Kinder im Haushalt:		Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
					ja	nein	unter 2.500	2.500 bis unter 4.000	4.000 oder mehr
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... dass die Preise in Deutschland durch den Krieg und die Sanktionen weiter ansteigen.	63	73	73	56	57	66	73	67	54
... dass sich der Krieg auch auf andere Länder in Europa ausweitet.	55	54	57	52	52	56	61	48	53
... dass Deutschland durch die Geflüchteten aus der Ukraine überfordert wird.	41	62	52	31	41	41	50	42	32
... dass sich der Krieg auf Deutschland ausweitet.	38	46	46	31	35	39	50	32	33

3 Veränderung des Krisen- und Vorsorgebewusstseins

Weiterhin wurde ermittelt, wie viele Gedanken sich die Befragten, im Vergleich zu vor fünf Jahren, derzeit darüber machen, ob sie auf mögliche mehrtägige Notfallsituationen ausreichend vorbereitet sind.

Etwas weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (46 %) macht sich derzeit mehr Gedanken darüber als noch vor fünf Jahren. Fast ebenso viele (42 %) machen sich derzeit genauso viele Gedanken.

Etwa jede/r Zehnte (12 %) denkt derzeit weniger über dieses Thema nach.

Vor allem Frauen und Befragte mit Kindern im Haushalt machen sich mehr Gedanken als Männer und Befragte ohne Kinder als noch vor fünf Jahren darüber, ob sie auf mögliche mehrtägige Notfallsituationen ausreichend vorbereitet sind.

Je älter die Befragten sind, desto weniger Gedanken machen sie sich über eine geeignete Vorbereitung in Bezug auf mögliche mehrtägige Notfallsituationen.

Veränderung des Krisen- und Vorsorgebewusstseins

Es machen sich, im Vergleich zu vor fünf Jahren, derzeit Gedanken, ob sie auf mögliche mehrtägige Notfallsituationen ausreichend vorbereitet sind

		mehr %	weniger %	genauso viele %
insgesamt		46	12	42
Ost		46	15	39
West		46	11	42
Männer		38	14	48
Frauen		54	9	36
18- bis 29-Jährige		60	8	32
30- bis 44-Jährige		49	12	40
45- bis 59-Jährige		46	12	42
60 Jahre und älter		39	13	48
Hauptschule		38	16	46
mittlerer Abschluss		49	9	41
Abitur, Studium		46	12	41
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	45	12	43
	2.500 bis unter 4.000	42	11	47
	4.000 und mehr	49	13	38
Kinder im Haushalt:	ja	58	9	33
	nein	43	12	45

4 Getroffene Notfallmaßnahmen

Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (68 %) haben zur Vorbereitung auf eine mehrtägige Notfallsituation die wichtigsten Dokumente griffbereit aufbewahrt. 61 Prozent haben sich eine Hausapotheke mit Medikamenten und 55 Prozent einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken angelegt.

46 Prozent haben für solche Situationen Hygieneartikel bevorratet und ein Drittel (33 %) gibt an, bereits eine Warnapp (z. B. NINA) installiert zu haben.

Etwa jede/r zehnte Befragte (12 %) hat nach eigenen Angaben zur Vorbereitung auf eine mehrtägige Notfallsituation Notgepäck bereitgestellt (z. B. ein Rucksack mit den wichtigsten Dokumenten, falls sie aufgrund eines Brandes ihr Zuhause schnell verlassen müssen).

8 Prozent haben anderweitig Maßnahmen getroffen.

Im Vergleich zur Erhebung im Februar 2023 zeigen sich bezüglich der getroffenen Notfallmaßnahmen keine Unterschiede.

Getroffene Notfallmaßnahmen I

Die folgenden Maßnahmen haben bereits zur Vorbereitung auf eine mehrtägige Notfallsituation umgesetzt:	KW 06 %	KW 18 %
die wichtigsten Dokumente griffbereit aufbewahrt	64	68
eine Hausapotheke mit Medikamenten angelegt	59	61
einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken angelegt	55	55
Hygieneartikel bevorratet	44	46
Warn-App installiert (z.B. NINA)	33	33
Notgepäck bereitgestellt (z. B. ein Rucksack mit den wichtigsten Dokumenten, falls sie aufgrund eines Brandes ihr Zuhause schnell verlassen müssen)	10	12
Nichts davon	13	9
Sonstiges	2	8

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Westdeutsche Befragte geben häufiger als die Befragten in Ostdeutschland an, bereits eine Warn-App (z.B. NINA) installiert zu haben.

Je älter die Befragten sind, desto häufiger haben sie zur Vorbereitung auf eine mehrtägige Notfallsituation bereits einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken angelegt.

Getroffene Notfallmaßnahmen II

Die folgenden Maßnahmen haben bereits zur Vorbereitung auf eine mehrtägige Notfallsituation umgesetzt:	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30-bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
die wichtigsten Dokumente griffbereit aufbewahrt	68	73	67	70	66	69	66	65	72
eine Hausapotheke mit Medikamenten angelegt	61	56	62	57	64	59	63	54	65
einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken angelegt	55	57	54	53	56	48	53	55	58
Hygieneartikel bevorratet	46	43	46	44	47	47	40	43	50
Warn-App installiert (z.B. NINA)	33	19	36	37	31	32	43	32	29
Notgepäck bereitgestellt (z. B. ein Rucksack mit den wichtigsten Dokumenten, falls Sie aufgrund eines Brandes Ihr Zuhause schnell verlassen müssen)	12	15	11	13	10	11	13	8	14
Nichts davon	9	9	9	11	8	9	8	11	9
Sonstiges	8	3	9	9	7	5	10	11	7

5 Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung

Die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung ist auf dem gleichen Niveau wie in der vorherigen Befragung geblieben.

Aktuell geben 36 Prozent an, dass sie mit dem Krisenmanagement (sehr) zufrieden sind.

Zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger (64 %) sind mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung I

Mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung sind

		sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	gar nicht zufrieden
		%	%	%	%
2022	KW 36	2	25	37	34
	KW 40	3	28	40	27
	KW 44	2	28	41	26
	KW 48	2	32	41	24
2023	KW 02	4	35	38	23
	KW 06	4	35	37	22
	KW 10	5	40	33	21
	KW 14	4	32	36	26
	KW 18	4	32	37	27

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Was die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung angeht, gibt es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung II

Mit dem bisherigen Krisenmanagement der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energieversorgung sind

		sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	gar nicht zufrieden
		%	%	%	%
insgesamt		4	32	37	27
Ost		2	30	34	33
West		4	32	37	26
Männer		5	27	37	30
Frauen		2	37	36	24
18- bis 29-Jährige		5	28	43	23
30- bis 44-Jährige		4	25	40	31
45- bis 59-Jährige		3	34	32	29
60 Jahre und älter		3	37	34	25
Hauptschule		5	25	36	32
mittlerer Abschluss		3	24	42	30
Abitur, Studium		4	37	34	25
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	2	35	39	23
	2.500 bis unter 4.000	3	28	42	27
	4.000 oder mehr	6	30	33	30
Kinder im Haushalt:	ja	3	29	31	37
	nein	4	32	39	24

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“